

Staatskanzler Dr. R e n n e r :

Wir werden diese Marknoten einlösen, sie werden im Besitze der Nationalbank sein und diesen Stock werden wir nicht verbrennen, sondern in die Abrechnung mit dem Deutschen Reich hineinwerfen und werden dann sagen, dafür habt Ihr, wenigstens zum Teil Ersatz zu leisten. Ich meine also, das Argument, dass wir der Abrechnung mit dem Reich präjudizieren, spricht nicht gegen den Entwurf.

Staatssekretär Ing. S c h u m y :

Es ist bekannt, dass selbst die gewiegtsten Fachleute auf dem Gebiete des Währungswesens nie gleicher Ansicht sind und dass die Theorien auf diesem Gebiete im Laufe der letzten Jahrzehnte immer wieder gewechselt haben. Es ist ja ein sehr strittiges Gebiet und es besteht natürlich die Möglichkeit es kritisch zu beleuchten. Gewiss, es hat Schwächen, aber wir müssen auf der anderen Seite uns immer wieder fragen: wenn wir es nicht machen, was geschieht dann?

Was die Ausführungen des Kollegen Korp betrifft, so ist es richtig, dass das Verhältnis zwischen dem Notenumlauf und der vorhandenen Warenmenge schliesslich die Preisrelation bestimmt, dass also diese Diskrepanz normalerweise durch das Geld ausgeglichen wird, bzw. dass beim ungestörten Funktionieren die Inflation der Ausgleich ist. Tatsache ist, dass wir eine verhinderte Inflation haben - eine verhinderte Inflation durch verschiedene Umstände, die uns alle bekannt sind - und das ist ja das Glück, denn wenn das entsprechende Warenangebot vorhanden wäre, wenn die Leute das Geld wirklich frei hätten kaufen können, dann wäre die Inflation in Erscheinung getreten. Die Inflationsgefahr wird sich in dem Masse steigern, als das Umlaufvermögen an Gütern zunimmt, d.h. als die Möglichkeit zunimmt, gegen Geld ohne Karten etwas kaufen zu können. So weit sind wir leider noch nicht.

Noch etwas kommt in Frage. Nicht allein durch den Mangel an Gütern wird die Inflation verhindert, sondern auch durch ein gewisses Vertrauen zum Staat, dass er diese Angelegenheit irgendwie geschickt und glücklich zu Ende führen wird. Wir leben schon heute auf monetärem Gebiete zum Teil von dem Vertrauen, das die Leute zu diesem Staat und zu seiner Regierung haben, und wenn jetzt noch der Zusatz hinzukommt, dass das Staatsvermögen gewissermassen für die Deckung unserer Staatsnoten hinzukommt, so wird das Ver -

brauen steigen, aber nicht fallen. Wichtig ist dabei allerdings, daß die Bevölkerung in den nächsten Tagen und Wochen durch eine geschickte Publizistik über alle Umstände entsprechend aufgeklärt wird, daß die Leute dann wissen, die Mark wird zwar noch nicht umgetauscht, aber der Umtausch kommt, und ich kann bis zum Umtausch für die Mark so wie bisher kaufen. Wenn die Leute in der Richtung aufgeklärt werden, so wird nicht die plötzliche Stockung eintreten, die Herr Unterstaatssekretär Dr. Altmann vorausgesagt hat. Die sofortige Publikation und im Anschluß daran die Durchführung der Konversion wäre natürlich erwünscht. Wenn das aber nicht geht, dann müssen wir so weit verantwortungsfreudig sein, zu sagen: Wenn der Termin so erstreckt werden muß, dann wollen wir es so machen, damit wir überhaupt einmal vorwärts kommen.

Die ganze Aktion ist durch Monate hindurch verzögert worden; es ist nicht das größte Unglück geschehen und wir werden also diese drei Wochen auch noch überdauern. So zweckmäßig es auch wäre, sofort zu konvertieren, so müssen wir uns doch damit abfinden, daß es noch bis Ende des Monats dauert.

Was kann denn geschehen? Die Lebensmittel werden nach wie vor mit Mark bezahlt. Was ist sonst noch außer den rationierten Waren mit Mark bezahlt worden? Sind wir doch ehrlich: Lebensmittel, Steuern, Strom, Gas, kurz und gut die rationierten und bewirtschafteten Artikel. Alles andere hat man zum Normalpreis nicht mehr bekommen. Die Geschäfte, die Produktionen haben alles zurückgehalten. Sie halten schon seit Monaten mit der Ware zurück und gehen nie nicht gegen Mark her, sondern nur im Umtauschwege gegen Naturalien. Die Mark ist also nur in beschränktem Umfang Zahlungsmittel. Das ändert sich nicht und ich sehe also die Gefahr nicht so groß, wie sie hier ausgemalt worden ist. Höher ist, daß dieser Zusatz ein großes Vertrauen in der Bevölkerung schaffen wird. Wenn es heißt: Staatsgarantie, das ist etwas; de facto gilt es nichts; wenn keine Wertrelation festgelegt ist. Es ist aber weder eine Relation zum Goldwert festgelegt noch zu anderen Valuten

darüber mit jemand getroffen. Im übrigen bedeuten diese Werte ungefähr das, was uns als ein hoffentlich zu erreichendes Ziel der endgültigen Stabilisierung vorschwebt, das ist ungefähr die Halbierung des Wertes des seinerzeitigen Schillings. Man kann heute nicht sagen, dass wir es erreichen und wie wir es erreichen werden, aber ungefähr in der Richtung werden wir uns bemühen müssen. Einen Wertschilling nach aussen werden wir erst erzielen, bis wir eine fundierte Währung haben, die nicht in Gold bestehen muss. Die Wertrelationen sind heute auch bei Fremdwährungen nicht etwas sicheres, selbst beim Pfund nicht, und wir dürfen nicht glauben, dass wir in Österreich unter den heutigen katastrophalen Verhältnissen etwas schaffen können, was England sich nicht leisten kann. In dieser Hinsicht habe ich keine Befürchtung. Das Positive, ausser der Schaffung des Vertrauens, ist der ernste, urbi et orbi erklärte Wille der österreichischen Regierung, dass wir keine Inflationspolitik treiben wollen, ohne dass wir daran in einer Weise gebunden wären, dass man uns durch eine Klage einen Strick drehen könnte.

Es ist das, was wir ehrlich wollen, wovon wir aber genau wissen, dass es uns sehr viel Mühe und Verantwortung kosten wird. Aber diese Verantwortung müssen wir auf uns nehmen, sonst können wir auf währungspolitischem Gebiete überhaupt nichts machen.

Was die Publikation anbelangt, so muss ich sagen, dass der grosse Vorteil einer raschen Publizität der ist, dass wir die Mark-einfuhr damit sofort stoppen und diese Einfuhr ist ja die grosse Gefahr, gegen die wir uns wehren müssen. Wenn heute Gerüchte umginger dass jetzt die letzte Möglichkeit ist, Mark hereinzubringen, so wissen wir nicht, welches Ausmass die Sache wirklich annehmen kann. Aus diesem Grunde muss rasch vorgegangen werden. Vor Beginn der Konversion ist es notwendig, dass wir die Bestimmungen über die Konversion publizieren. Diese Nachrichten müssen bis ins letzte Dorf hinausgelangen, es müssen Transportmittel für den Transport der Banknoten und der Formularien zur Verfügung gestellt werden und wir brauchen aus diesen Gründen eine gewisse Reservefrist. Ich glaube, von diesem Gesichtspunkte aus diese Bestimmungen, wie sie uns jetzt vorliegen, zur Annahme empfehlen zu können.

(Die Sitzung wird zum Zwecke einer Klubbesprechung unterbrochen. -

(noch Wiederaufnahme:)

Staatssekretär Dr. L i n d e s t r o m :

Ich habe zunächst zu berichten, dass inzwischen der Brief des Generals Bethouard an den Herrn Kanzler eingelangt ist. In dem Brief ist ausser dem, was ich früher angeführt habe, gesagt, dass der Alliierte Rat klar Stellung genommen hat und dass seine Zustimmung zum Gesetzesentwurf nicht in irgend einer Form seine Billigung oder Zustimmung zu den Reserven beinhaltet, die in den ersten Paragraphen des erwähnten Briefes formuliert worden sind, noch auch zu den aus diesen Reserven folgenden Erwägungen politischer Art, bezüglich welcher er sich vorbehält, Ihnen demnächst eine Antwort zukommen zu lassen.

Ich darf daher auf Grund dieses Briefes bitten, dieses Gesetz anzunehmen und in Kraft zu setzen und bitte den Herrn Staatskanzler, ein Schreiben an den Alliierten Rat zu richten, in dem wir diese Tatsache mitteilen, dass also diesen Aufforderungen entsprochen wurde und wir gleichzeitig bezüglich der Besatzungskosten und sonstigen Vorbehalte, die in den letzten Vorlageberichten enthalten waren, in der nächsten Zeit hier in Aussicht gestellten Antwort entgegensehen.

Staatskanzler Dr. R e n n e r :

Wird noch das Wort gewünscht? (Niemand meldet sich).
Es ist nicht der Fall, der Antrag des Herrn Staatssekretärs ist angenommen. Damit ist unsere heutige Tagesordnung erschöpft.

Ich schliesse die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 11 Uhr 10 Minuten.

.....

0

KvVI

Dok. 3 X

beschriftet

Redaktionsprotokoll

Die sozialistische Fraktion der provisorischen Staatsregierung nimmt folgende Erklärung der Fraktion der Österreichischen Volkspartei in der provisorischen Staatsregierung zur Kenntnis:

„Die Nährungsfrage ist als eine überparteiliche Angelegenheit zu betrachten, die nur einer gemeinsamen Lösung zugeführt werden kann und für welche somit beide Parteien gleichermassen die Verantwortung zu tragen haben. Fragen der Nahrungspolitik dürfen nicht zum Gegenstand der parteipolitischen Propaganda gemacht werden.“

Die sozialistische Fraktion stimmt diesen Grundsätzen zu und ist daher bereit, dem Schillinggesetz, das am heutigen Tage beschlossen werden soll, ihre Zustimmung zu geben.

Sie stellt ihre schwerwiegenden Bedenken zurück, um den ersten Schritt zur Inangriffnahme einer gemeinsamen Nahrungspolitik zu ermöglichen.

Wien, 30. November 1945.

- | | | |
|------------------|----------------------|--------------|
| Julius Raab e.h. | Helmer e.h. | A. Worp e.h. |
| Gruber e.h. | Lois Weinberger e.h. | Schärf e.h. |

Dok 4

Sitzung des Parteivorstandes am 3. 12. 45.

Anwesend:

vom Parteivorstand:

- Gen. Seitz Vorsitz
- " Afritsch
- " Schärf *J. Schärfer*
- " Böhm
- " Hückenberg
- " Helmer *H.*
- " Rosa Jochmann
- " Körner
- " Hilde Krones
- " Popp
- " Gabriele Proft
- " Scharf
- " Slavik *F. Slavik*
- " Speiser
- " Strasser
- " Maisel *Maisel*
- " Proksch *Proksch*
- " Wigelt
- " Pollak *Pollak*
- "

von der Kontrolle:

- Gen. Honay
- " Weber
- " Widmayer
- " Schneidmadr
- " Rauscher
- " Macholt
- "

von der Regierung:

- Gen. Winterer *Winterer*
- " Scheffenegger *Scheffenegger*
- " Enslein *Enslein*
- " Renner
- " Korp *Korp*

T a g e s o r d n u n g .

- I. Regierungsberichte
- II. Regierungsbildung
- III. Eventuelles
- IV. Sekretariats-Berichte

/ .

I. Regierungsberichte

Gen.Schärf berichtet über das Verfassungs-Übergangsgesetz. Das Verbotsgesetz soll als Verfassungsgesetz aufrecht bleiben. Die ÖVP wird zweifellos Lockerungen anstreben. Früher oder später sind solche unvermeidbar. Dies liegt jedoch in unserer Hand, weil zweidrittel-Mehrheit erforderlich. Die Regierung kann gewisse Kategorien von Nazis pauschal zur Entregistrierung bringen.

Weiters berichtet Gen.Schärf über das Schilling-Währungsgesetz. Es ist auf ein Diktat der Alliierten zurückzuführen. Unsere Fraktion hat schwere Bedenken geäußert. Sie sind in einer Mantelnote festgehalten, und mitbeschlossen worden. Die Alliierten haben darauf bestanden, daß das Gesetz unverzüglich kundgemacht wird. Daraus sind große Schwierigkeiten erwachsen. Der neue Schilling ist ein Inflation-Schilling. Es muß vermieden werden, daß man später von einem Renner-Schilling spricht, der erst saniert werden mußte. Es erfolgt deshalb eine formelle Parteien-Vereinbarung, daß die Währungsfrage nicht als Politikum betrachtet und ausgenützt werden darf. Währungsfragen sollen auch in Zukunft einvernehmlich geregelt werden.

II. Regierungsbildung.

Die ÖVP hat Figl beim politischen Kabinettsrat für die Regierungsbildung vordesigniert. Figl beabsichtigt, die Verhandlungen mit dem politischen Kabinettt zu führen. Es wurde die Absicht ausgesprochen, sich auf die Person Renners als Bundespräsidenten zu einigen. Der Aufteilungsschlüssel für die Regierungsgeschäfte wurde noch nicht verlautbart. Die ÖVP wünscht Zusammenarbeit auch in der Gemeinde - Wien. Die Gen.Renner und Schärf sind mit Figl zu einer Besprechung um 17 Uhr vereinbart. Sie werden die PV-Sitzung verlassen und nach beendeter Besprechung zurückkehren, um sofort noch zu berichten.

Gen.Speiser legt den Standpunkt der Gemeinde-Wien dar. Prinzipiell ist unsere Mehrheit in Wien stark genug, um sämtliche Ämter allein zu besetzen. Mit Rücksicht auf die Vereinbarungen in den Ländern wird eine Beteiligung der ÖVP jedoch nicht zu umgehen sein. Es besteht der Plan, 12 Stadträte aufzustellen, die ungefähr wie folgt verteilt werden sollen:

Zentrales Personal-Referat	SP
Finanz-Referat	SP
Städtische Unternehmungen	SP
Wohnungsamt	SP
Ernährung	ÖVP
Wirtschaft	ÖVP
Allgemeine Verwaltung	SP
Wohlfahrtsamt	SP
Gesundheitswesen	ÖVP
Bauamt	SP
Technische Betriebe	ÖVP
Kultur und Bildung	KP

Der Stadtschulrat wird selbstverständlich ebenfalls von uns als der stärksten Partei gestellt.

./.

Dok 5.

Protokoll über die Sitzung des Parteivorstandes am 25.3.1946.

Anwesend:

Vorsitz:

Gen. Schärf

Parteivorstand:

" Deutsch

" Proft

" Helmer

" Krones *Kron*

" Afritsch *M*

" Moik

" Stika

" Böhm

" Proksch

" Maisel

" Fopp *1 a*

" Körner

Kontrolle:

" Flosemann

" Pfaller

" Mentast *bis Mautsper*

" Jonas

" Kostroun

" Mantler

" Honay *Honay*

" Rauscher

zugezogen:

" Pittermann

" Übeleis *Übeleis*

" Migsch

" Jenschik

" Zischek

" Pollak

Wid

T a g e s o r d n u n g .

1. Delegation
2. Berichte
3. Sekretariatsberichte.

1. Delegation.

Französischer Parteitag.

Antrag Zu delegieren: Gen. Scharf, Jochmann, Koref, Zechtl.

Beschluss Angenommen.

Italienischer Parteitag.

Antrag Zu delegieren: Gen. ~~Jochmann~~, ~~Wedenig~~, ~~Hüttenberger~~, ~~Hackenberg~~,
Honay.

Beschluss Angenommen.

Einladung der englischen Genossen.

Antrag Zu delegieren: Gen. Schärf, Fittermann.

Beschluss Angenommen.

2. Berichte.

Gen. Pollak berichtet vertraulich über eine Aussprache mit Genossen aus Ungarn. Es wurde neuerlich über eine gemeinsame Sitzung des österreichischen und ungarischen PV, oder einer Delegation beider Körperschaften gesprochen.

Gen. Schärf vertritt den Standpunkt, dass wir nicht hinunter gehen sollen, sondern die ungarischen Genossen zu uns als Gäste kommen mögen.

PV nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Gen. Honay berichtet aus der Gemeinde. Es ist notwendig, die Kanalräumungsgebühren zu erhöhen, da der jetzige Gebührensatz die Selbstkosten der Gemeinde nicht deckt. Erhöhung spielt für den Einzelmietler keine Rolle. Wird ca. 12 - 33 Groschen pro Monat betragen, bei ganz grossen Wohnungen l.-S. Preisbestimmungsbehörde einverstanden. Preisstopp findet in diesem Falle keine Anwendung.

Gen. Helmer bemerkt, dass damit ein ernstes Problem aufgerollt wird. Alle Industrien drängen auf Preiserhöhung. Unter diesen Umständen wird der Lohnstopp untragbar.

Gen. Böhm sieht ein, dass die Belastung ^{nicht} überwältigend ist. Weist darauf hin, dass alle Einzelpreiserhöhungen geringfügig waren. In ihrer Summe ergeben sie aber doch schon jetzt eine nennenswerte Belastung für den Arbeiterhaushalt. Der Preisstopp wird an vielen Punkten durchstossen, der Lohnstopp muss aber streng gehalten werden. Dies erzeugt Unruhe in der Arbeiterschaft, die sich in nächster Zeit bestimmt in grossen Lohnbewegungen auswirken wird. Grundsätzlicher Standpunkt des Gewerkschaftsbundes, keine Preiserhöhungen, solange der Lohnstopp nicht beseitigt. 220

Bittet, unsere Minister auf die Alliierten bezüglich des Lohnstoppes einzuwirken.

Gen. Pittermann. In der Frage der Lohnerhöhung haben Gewerkschaftsbund und Arbeiterkammer gegen zwei Fronten zu kämpfen. Gegen Arbeitsgeber und Alliierte. Es muss daher zumindest eine Einheitsfront der Arbeitnehmer, Gewerkschaften und von uns verwalteten Körperschaften gebildet werden. Es geht nicht an, dass wir immer wieder überrascht werden von Einzelerhöhungen, durch Gemeinde oder uns unterstehenden Ministerien. Es kommen dadurch Genossen untereinander in Gegensatz.

Gen. Maisel. Alliierten bestehen auf den Lohnstopp zur Verhinderung der Inflation. Andererseits Sturm auf das Preisniveau von allen Seiten.

Unser Standpunkt im Wirtschaftsministerkomitee, sowie im engeren Komitee keine Preiserhöhungen, die nicht auch auf eine Lohnerhöhung umgelegt werden können. Plan, die seit April 1945 bereits stattgefundenen Preiserhöhungen auf das Lohnniveau anzurechnen, dann erst über weitere Preiserhöhungen verhandeln.

Verhandlungen führt das Zentrallohnkomitee. Grosse beträchtliche Preiserhöhungen, müssen im Ministerrat behandelt werden.

Gen. Migsch weist darauf hin, dass unser Preis- und Lohnniveau vor 1938 von der Krise bestimmt war. Vorübergehend durch Kriegskonjunktur sind bessere Löhne erzielt worden, diese fallen heute wieder weg.

Schwarz-Markt hat einen bedeutenden Einfluss auf die Produktionskosten. Das von Gen. Maisel beschriebene ^{System} des stotternden Index, nur ein Aushilfsmittel für kurze Zeit notwendig wahrscheinlich die ganze Frage aufzurollen. Wirtschaftsbeirat der Partei hat bereits preisstatistische Untersuchungen gemacht.

Gen. Mantler weist darauf hin, dass der Wirtschaftsbeirat der Partei, unbedingt mit der Arbeiterkammer zusammenarbeiten müsste. Weiss nichts von einer Delegation der Kammer zu diesem Beirat. Wird aufgeklärt, dass Gen. Wirlander mit Wissen von Gen. Böhm und der übrigen Genossen im Gewerkschaftsbund der Kammer mitarbeitet.

Gen. Seitz richtet den Apell an die Gemeinde, doch noch einmal zu überprüfen, ob die Kanalräumerkosten nicht im Budget in der Gemeinde untergebracht werden können, damit nicht im Zusammenhang mit einer Forderung der Gemeinde eine derartige Bewegung ausgelöst wird.

Gen. Honay teilt mit, dass es selbstverständlich für die Gemeinde möglich ist, diesen Kostenbetrag im Budget unterzubringen. Es handelt sich jedoch um eine prinzipielle Sache, da die Gemeindefirtschaft auf Selbstkostendeckung aufgebaut ist. Preis- und Lohnstopfgefüge ist praktisch weit durchlöchert. Man denke an das Gewerbe. Wir führen hier Diskussionen über Fragen, die in der grossen Wirtschaft längst nicht mehr richtig sind.

Streng genommen sind Kanalräumergebühren nicht Zins- sondern Betriebskosten und fallen damit gar nicht in den Kreis der Betrachtungen. Durch Wegfall der Gangbeleuchtung würde überdies in den

nächsten 5 Monaten keine Erhöhung eintreten. Wenn Partei und Gewerkschaft sowie Arbeiterkammer jedoch der Meinung sind, dass eine Erhöhung solche Folgen nach sich ziehen könnte, wird die Gemeinde den Fehlbetrag tragen können.

Gen. Böhm bittet die Gemeinde darum. Es kann sich nur um einen Aufschub von einigen Monaten handeln, dann muss die Preislohnfrage geregelt sein.

Gen. Helmer. Bericht aus dem Ministerium des Inneren.

Die KP hat um die Vereinsbewilligung für den Verein "Kinderland" angesucht. Bemühungen, die KP von dem Namen abzubringen unter Hinweis auf unsere alte Kinderfreundezeitung, sind gescheitert. KP bleibt auf dem Namen bestehen.

Anton Krenn beabsichtigt, einen Verein Konfessionsloser in Österreich zu gründen. Hat um Genehmigung angesucht.

Gen. Helmer ist der Meinung, dass man der Vereinsbildung nicht zustimmen könne.

Gen. Pittermann gibt zu bedenken, dass ein Verbot gegen die Verfassung verstossen könne. Wenn der Verein zugelassen werden müsste, solle man erklären, dass die Partei nicht dahinter steht.

Gen. Schärf regt an, unter dem Hinweis darauf, dass der Begriff Naturreligien, durch den Faschismus in Verruf geraten sei, Herrn Krenn zu bedeuten, von dem Antrag zurückzustehen.

3. Sekretariatsberichte.

Internationaler Frauentag am 31.3.

Es ist fraglich, ob die öffentliche Kundgebung stattfinden darf. Bei dem Ansuchen ist ein Formfehler gemacht worden. Vorschlag - die Gen. Speiser und Hackenberg sollen im Namen der Wiener Partei mit den Alliierten verhandeln. PV stimmt zu.

Befreiungsfeier 13. oder 14.4.

Die Russenbesatzungsbehörde drängt auf die Veranstaltung einer grossen Feier. Wiener Vorstand ist zur Überzeugung gekommen, dass wir uns an dieser Feier beteiligen müssen. Es wird ein Aufmarsch am Schwarzenbergplatz stattfinden. Es wird uns kaum möglich sein, grosse Menschenmassen zu mobilisieren. Hingegen muss darauf geachtet werden, dass durch Fahnen, Jugendgruppen usw. unsere Partei gut in Erscheinung tritt. Offen steht noch die Frage der Schulfeiern und der Beteiligung der Schulen am Aufmarsch.

Gen. Speiser ist der Meinung, dass man ~~mit~~ Schulfeiern machen sollte Grundton aller Feiern zum 13.4., von den Bomben und von den Nazis.

In der weiteren Diskussion wird festgestellt, dass es am zweckmässigsten ist, wenn die Gewerkschaft öffentlich als Veranstalter des Aufmarsches fungiert.

Protokoll

über die gemeinsame Sitzung der Parteivertretung und der Fraktion
des Gewerkschaftsbundes im niederösterreichischen Landhaus am
22. Juli 1946.

Anwesende laut Präsenzliste.

1. Einberufung der Parteivertretung.

Gen. Scharf legt der Parteivertretung einen Antrag des Präsidial-
Komitees auf Einberufung des Parteitages, für Ende Oktober -
Anfang November, mit folgender Tagesordnung vor:

- 1.) Konstituierung des Parteitages:
 - a) Wahl des Präsidiums,
 - b) Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung,
 - c) Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission.
- 2.) Berichte:
 - a) Bericht der Parteivertretung,
 - b) Bericht des Parteikassiers,
 - c) Bericht der Parteikontrolle.
- 3.) Die politische Lage.
- 4.) Neuwahl der Parteivertretung und der Schiedsgerichts-
beisitzer.
- 5.) Anträge und Allfälliges.

Antrag

Gen. Scharf beantragt; Die Parteivertretung einigt sich grund-
sätzlich auf Abhaltung des Parteitages, mit der vorgeschlagenen
Tagesordnung. Die Parteivertretung überlässt es dem PV, den ge-
nauen Zeitpunkt und Tagungsort fest zulegen.

Beschl.

Keine Einwendung, angenommen.

2. Abschluss der Aktion zum Aufbauprogramm und Einleitung
einer Werbeaktion im ganzen Bundesgebiet.

Gen. Deutsch macht der Parteivertretung nachfolgende Vorschläge:

- 1.) Herausgabe eines Manifests, das die Tätigkeit der soziali-
stischen Abgeordneten darstellt und aufzählt, welche Punkte
unseres Aufbauprogramms erfüllt wurden.
Analoge, Manifeste, bzw. Broschüren sollen die Tätigkeit
der sozialistischen Abgeordneten in den Ländern behandeln

- 2.) Fortsetzung der politischen Tätigkeit durch Beharrung auf einzelnen Forderungen wie, Abschaffung der Zensur, Forderung nach Reisefreiheit etc. Vor allem Aktionen für die Durchführung der Verstaatlichung.
- 3.) In der Aussenpolitik soll versucht werden, österreichische Organisationen im Auslande in Bewegung zu setzen. (Aktion Robert Scheu)
- 3a) Aufruf an die Bruderparteien.
- 4.) Die letzte Woche des Parlamentes soll zu einer aussenpolitischen Aktion benutzt werden. Gemeinsamer Antrag aller Parteien, Verlangen nach Staatsvertrag, Aufnahme in die UNO, zumindest Entsendung von Beobachtern zu den Tagungen der UNO.
- 5.) Werbeaktion im ganzen Bundesgebiet. Vorbereitungsarbeiten sollen sofort beginnen. Lokaler Charakter der Aktion: Flugblätter, Plakate etc. Steigerung der Aktion bis zu einer Werbewoche (zweite Oktober-Woche). Parole: "Die Partei ruft". Ziel: die Gewinnung von Hunderttausend Mitgliedern im ganzen Bundesgebiet bis zum Parteitag.
- 6.) Der Parteitag soll die politische Aktion für den kommenden Herbst und Winter einleiten.
- 7.) Die Werbeaktion soll geführt werden von einem Organisationskomitee, bestehend aus;

Gen. S c h ä r f
" D e u t s c h
" S c h a r f
" H a c k e n b e r g
" P r o b s t
" K r a t k y.

Dieses Komitee hätte die Aufgabe, Anregungen zu geben, Konferenzen abzuhalten u. zw. sowohl mit den Landesorganisationen, als mit den Zentralstellen von Parteiorganisationen (Jugend, Frauen, geistige Arbeiter, sozialistische Gewerkschafter, ASKÖ etc.)

Das Organisationskomitee ist als eine dauernde Einrichtung gedacht und soll künftighin die organisatorischen Arbeiten der Partei leiten, während das politische Aktionskomitee weiterhin die politischen Richtlinien für Aktionen ausarbeitet.

Das politische Aktionskomitee besteht aus:

Gen. S c h ä r f
" D e u t s c h
" H e l m e r
" P r o k s c h
" S c h a r f.

Von Fall zu Fall treten die beiden Komitees zur gemeinsamen Beratung zusammen.

In zahlreichen Zwischenrufen wird ^{beanständet} verlangt, dass in dem vorgeschlagenen Komitee keine Frau ist.

Antrag

Gen. Deutsch stellt den Zusatzantrag, Gen. Jochmann in das Organisationskomitee aufzunehmen.

Gen. Krones stellt in der Debatte fest, dass die Frauen nicht "in Gottes Namen" in das Komitee hineingenommen sein wollen. Unsere Mitgliedschaft besteht zum Grossteil aus Frauen und das Reservoir der zuwerbenden besteht zum grossen Teil aus Frauen. Es ist deshalb zweckmässig, wenn eine Frau in dem Komitee, das alle politischen Richtlinien für Aktionen ausarbeiten soll, verankert ist. Es ist nicht einzusehen, warum ein Komitee immer dann "zu gross und aktionsunfähig wird", wenn eine Frau mit hineinkommen soll. Eventuell könnte ja ein Mann weniger hinein delegiert werden.

Gen. Krones weist ferner auf die von Gen. Czernetz für die Wiener Organisation geplante und bereits anlaufende grosse Werbeaktion hin und bittet die Reichsaktion zeitlich und dem Geiste nach so abzustellen, dass sie die Wiener-Aktion nicht stört.

Beschluss

Antrag und Zusatzantrag Deutsch - siehe oben - angenommen.

3. Lohn, Preis, Währung.

Währung

Gen. Renner gibt zu Beginn seines Referates eine Darstellung des Geldes als Zirkulationsmittel und der Bedeutung des bargeldlosen (Wechsel - Clearing -) Verkehrs. Österreich hat heute einen Notenumlauf, der das sechsfache des Notenumlaufes von 1937 beträgt, bei verringertem Warenumsatz. Dies findet seinen Niederschlag im Sparverkehr, in den Geldeinlagen und in der privaten Hortung. Durch die erste Valutenaktion wurden grosse Geldmengen in den Banken stillgelegt. Aber noch immer ist der Notenumlauf bei weitem zu gross - es droht Inflation.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten diese Situation zu sprengen.

- 1.) Erhöhung von Preisen und Löhnen.
- 2.) Vermögenssteuer. Dies wird von Gen. Renner als ungerecht bezeichnet, da alle jene, die privat gehortet haben, sich der Vermögenssteuer entziehen würden und Realitätenbesitzer zur Aufbringung der Steuer Geld aufnehmen müssten.
- 3.) Abermals den Überfluss in öffentliche Kassen locken und stilllegen. Man könnte etwa daran denken, den stillgelegten Teil als Staatsschuld zu erklären, um für später den Weg einer Vergütung offen zu lassen.

Spricht Möglichkeiten und Gefahren einer künstlichen Deflation. Unser Ziel muss es sein, sowohl Inflation sowie Deflation zu vermeiden. Wirtschaftliche Einsicht und politische Stärke ist hierzu notwendig.

Preise

Es ist eine Tatsache, dass grosse Betriebe von der Preisseite her gezwungen sind, dauernd passiv zu arbeiten. Dies sind Gefahren für die Volkswirtschaft; die Betriebe müssen durch entsprechende Haltung der Produktpreise aktiv gemacht werden. Es wird nötig sein, den Preisstopp zu lockern.

Schwierigkeiten: Die Preis- und Kalkulations-Situation ist bei den verschiedenen Branchen (Landwirtschaft, Bergbau) verschieden und ist sogar innerhalb einer Branche ausserordentlich differenziert. Bei solchen Massnahmen sind wir auf den Rat von Unternehmern angewiesen. Nur Wirtschaftler und Praktiker können Richtlinien geben.

Löhne

Die Gewerkschaft ist branchenmässig organisiert, aber noch nicht einheitlich. Die Tatsache der Verstaatlichung drängt die Gewerkschaften oft in umgekehrte Funktionen, sie haben in diesem Stadium die Aufgabe, das gemeine Wohl gegen die Forderungen der eigenen Leute zu verteidigen. Ein Heraufziehen der Löhne würde zur Inflation von dieser Seite her führen. Welche Ziele ~~Sicherung~~ kann unsere Lohnpolitik haben; Sicherung der Existenz, Steigerung bis zu jener mittleren Höhe, die zwischen Inflation und Deflation liegt. Wenn Lohnsteigerungen den Preissteigerungen voraneilen, ist das eine Gefahr, treibt die verantwortlichen Kreise zur Deflation - Abwertung und bringt die Arbeiterschaft wieder um den errungenen Erfolg.

Der Sozialistische Gedanke ergreift heute breitere Schichten. Unsere Forderungen und Gedanken finden Boden bis auch zu Menschen in hohen sozialen Positionen. Die Lohnfrage ist heute keine Frage der Lohnarbeit im buchstäblichen Sinne, sondern sogleich eine Frage der Gehälter der Angestellten, der Bezüge öffentlicher Angestellter. Es erhebt sich die Frage, ob die Arbeiterschaft nicht anstreben soll, gewissermassen kollektiv in ein Angestelltenverhältnis zu kommen. Dies ist eine sehr penible Frage, die man heute nicht beantworten kann.

Die bestehenden Lohn- und Preiskommissionen genügen nicht. Im Herbst müssen wir damit rechnen, dass die Preis-, Lohn- und Währungskrise mit voller Wucht hereinbricht. Wir müssen dafür gerüstet sein. Es lässt sich keine Währungspolitik ohne Rücksicht auf Preise und Löhne machen und umgekehrt machen.

Gen. Renner regt an, eine veränderte Lohnkommission, unter Führung eines Gewerkschafters, eine veränderte Preiskommission, unter Führung eines geschulten Mannes, Betriebsführers, Unternehmers, und eine veränderte und ausgebauten Währungskommission, unter Führung eines Bankfachmannes zu schaffen. Diese drei Kommissionen sollen zusammengefasst und einem mit allen Vollmachten ausgestatteten Funktionär, der den Rang und die Machtvollkommenheit eines Ministers besitzen müsste, unterstellt werden. (Zwischenruf Schärff: Das wird der Krauland sein) Gen. Renner - der reicht nicht aus, auch der Finanzminister ist dazu nicht fähig, auch Kienböck nicht.

Gen. Renner fordert die Parteileitung, die Gewerkschaftsleitung, das Präsidium des Abgeordneten-Klubs und unsere Wirtschaftsfunktionäre auf, sich mit diesem Problem, das ein Lebensproblem für Österreich und die österreichische Arbeiterschaft ist, zu befassen.

An der Diskussion beteiligen sich:

Gen. Holowaty bedauert, dass er mit dem Referat nicht einig gehen kann. Der Gewerkschaftsbund besteht nicht mehr aus Branchen-Verbänden, sondern aus Industrie-Gewerkschaften. Die Gefahr die Gen. Renner sieht, dass bei der Lohnbewegung Branchen-Egoismus im Fordergrund steht, gibt es nicht. Sieht in den Vorschlägen und Richtlinien des Gen. Renner eine grosse Gefahr, nämlich eine Tendenz die darauf hinausgeht, die Souveränität der Gewerkschaften zu beschneiden, was aber auf staatlich dirigierte Gewerkschaften hinausläufe. Ein Teil der Gewerkschaften wird dies grundlegend ablehnen.

(Zwischenruf Renner: Umgekehrt soll es sein, die Gewerkschaft soll den Staat beeinflussen.)

Gen. Holowaty - Sie haben es aber wesentlich anders dargestellt. Wir brauchen nicht nur Volkseinsicht und politische Klugheit. Entscheidend in unserer Situation ist die Frage, ob der Arbeiter diesen Zustand aushält. Führt Lohnbeispiele an. Aus dieser untragbaren Lohnsituation müssen wir heraus, einerlei was das für Folgen in der Preis und Währungspolitik nach sich zieht. Lohndisziplin ist nur dann möglich, wenn wir den Einfluss haben, eine Preissenkung durchzuführen. Verweist auf die Divergenz zwischen unseren Preisen und den Weltmarktpreisen.

2 / Nicht wir hatten Angst vor den vorgeschlagenen Kommissionen. Je klügere und geschultere Fachleute drinnen sitzen, desto weniger wird für die Arbeiterschaft dabei herauskommen. Wir beginnen hier einen Weg zu gehen, den die ÖVP dirigieren wird. Hat die grossen Bedenken, die Gewerkschaftspolitik, die Lohnpolitik der Gewerkschaften einer zentralen Kommission oder gar der Oberleitung eines bürgerlichen Ministers auszuliefern. Hier wird unweigerlich eine Bevormundung entstehen. Wenn Gen. Renner diesen Weg zeigt, muss er die grössten Bedenken äussern, ihm diesen Weg zu folgen.

Gen. Böhm sieht die Wirtschaftssituation so wie Gen. Renner. Sieht die grossen Gefahren einer Inflation vor sich. Das grösste Opfer der Inflation wäre der Lohn- und Gehaltsempfänger. Wir sind als Sozialisten und Gewerkschafter daran interessiert, die Inflation zu vermeiden. Es fragt sich nur wie und um welchen Preis. Die Gewerkschafter haben sich intensiv bemüht, eine Politik der Inflationsverhütung zu betreiben, mussten aber den starre gehandhabten Lohnstopp aufgeben. Das Preisverhältnis hat sich entschieden verschoben. Es ist augenblicklich keine Zeit für eine Steigerung der Reallöhne. Das Lohnniveau ist jedoch vielfach untragbar. Gen. Renner hat als Dachorganisation für die Gewerkschaften eine Art UNO verlangt, glaubt, dass diese im Gewerkschaftsbund bereits gegeben sei. Streben der Arbeiter nach einer Angestelltenexistenz ist heute gar nicht vorhanden. Forderungen der Beamten und Angestellten gehören in ein anderes Kapitel, hier nützt ein Appell an die Gewerkschaften nichts. Ist sich dessen bewusst, dass Verbesserungen der Existenzbedingungen einzelner Gruppen, wie etwa der öffentlichen Angestellten, auf Kosten der Gesamtheit gehen.

Die Gewerkschaft wird von ihren Mitgliedern so aufgefasst, dass sie ihre Interessen zu vertreten hat und diese Interessenvertretung erstreckt sich in erster Linie auf Lohnverbesserungen. Weisse Selbstbeschränkung wird von den Gewerkschaftsmitgliedern kaum verstanden, denn sie sind der Meinung, dass schon der Unternehmer dafür sorgt, dass sie nicht zu viel bekommen. Schliesst sich dem Vorschlag Renner nach Schaffung respektive Umarbeitung der drei Kommissionen und Schaffung einer übergeordneten Instanz an. Sachlich ist eine solche Zusammenfassung notwendig, solange wir sie nicht haben, wird alles Pusch- und Flickwerk bleiben.

Gen. Maisel bezeichnet die heute aufgeworfene Frage als das Zentralproblem Österreichs und unserer Partei. Die österreichische Wirtschaft ist durch die einseitige Umstellung auf Kriegsproduktion durch die Zerstörungen des Krieges so schwer ramponiert, dass sie tatsächlich heute nicht oder nur zum geringsten Teil rentabel arbeitet. Aus diesem Grunde ist auch die ganze Verstaatlichung mehr theoretischer Natur. Die Industrie muss Preise erhalten, die ihr aus der Unterbilanz heraushelfen und die sie befähigen auf dem Weltmarkt wieder mitzuarbeiten. Auf der anderen Seite muss die Arbeiterschaft Löhne bekommen, die es ihr ermöglichen zu leben. Sowohl das Preis- wie auch das Lohnniveau ist von den Schwarzhandelskursen beeinflusst.

Im Ministerium für Soziale Verwaltung besteht eine Lohnkommission. In dieser Lohnkommission sind als Mithörer auch Vertreter des Innenministeriums und des Planungsministeriums vorhanden. Bei dem Versuch die Inflation abzuwehren, dürfen wir in der Lohnfrage nicht zurückfallen. Ein Zustand vorgeprellter Preise und zurückgebliebener Löhne könnte zu einer schweren Schädigung führen. Gen. Maisel ist der Meinung, dass man ein eigenes Ministerium im Sinne des Vorschlages Renner schaffen sollte. Es muss eine zentrale Stelle da sein, die Preise, Löhne und Währung ständig aufeinander abstimmt und den Punkt bezeichnet, wo abgestoppt werden muss. Von grösster Wichtigkeit wäre eine Planstelle, die die Güterproduktion überwacht.

Wir müssen damit rechnen, uns immer stärker in die staatlichen Geschenisse einzubauen, ins Zentrum der Staatsführung vorzudringen, das bringt andere Aufgaben mit sich und bedingt auch eine andere Taktik. Nur die genaue Kenntnis wird zum Erfolg führen. Unsere wichtigste Aufgabe ist es, die Währung zu stabilisieren und gleichzeitig auch damit die Löhne in jenes Verhältnis zu den Preisen zu bringen, die die Lebensexistenz der Arbeiterklasse gewährleistet. Bei Lohnbewegungen muss darauf geachtet werden, dass man die tiefsten Stufen zuerst berücksichtigt und die höheren Verdienener zurückhält. Das ist nicht normale Gewerkschaftspraxis, aber eine Aufgabe der nächsten Zukunft.

Gen. Migsch Die Ursache der Krise ist der ungeheure Warenmangel. Glaubit, dass das Problem Währung, Preise, Löhne noch nicht so weit geklärt ist, dass wir heute konkrete Beschlüsse fassen können. Was Renner vorgeschlagen hat, ist den Versuch zu unternehmen, die schon bestehenden Einrichtungen wie Lohn- und Preiskommission etc. zu koordinieren.

Bei der Regierungsbildung hat ÖVP Mehrheit bekommen. Sie hat das als einen Entscheid des Volkes gegen unser Wirtschaftsprogramm - die Sozialisierung - dargestellt und uns gegenüber festgestellt, 228

der Wirtschaftsministerien) besitzt. Gestützt auf die Mehrheit und diese Auslegung will die ÖVP jetzt die Wirtschaftsplanung verhindern, damit würde die ganze Last des Krieges, der Ausplünderung, des Zusammenbruches auf die breiten Massen abgewälzt.

Gen. Scharf: Es wurde festgestellt, dass die Arbeiterschaft in der heutigen Notzeit sich mit dem Existenzminimum begnügen muss. Existenzminimum ist ein relativer Begriff. Augenblicklich steht es sehr tief, aber die Produktion wird anlaufen und die Produktionspreise werden hoch sein. Bei Festhalten an einem tiefen Existenzminimum der Arbeiterklasse und gleichzeitigem Steigen der Preise wird der Ausbeutungsgrad erhöht. Wir beschränken uns selbst, aber eine Überwachung der Preise die parallel laufen müssten ist bis jetzt noch nicht gelungen. Es ist festgestellt worden, dass eine solche angestrebt wird. Allein durch staatliche Eingriffe und Kontrollmassnahmen ist dieses Ziel kaum zu erreichen. Das Privatkapital wird sich derartige Vorstösse auch nicht bieten lassen. Es wird Widerstand leisten, man wird die Initiative erlahmen lassen, oder Sabotage betreiben. Deshalb ist die Verstaatlichungsfrage auch vom Gesichtspunkt des Problems Preise, Löhne von ausschlaggebender Bedeutung. Nur wenn wir durch Verstaatlichung im grösseren Umfang einen so bedeutenden Wirtschaftssektor in die Hand bekommen der es uns ermöglicht, auf die gesamte Preisgestaltung des Landes Einfluss zu nehmen, hätten wir die Sicherheit dass alle Massnahmen, die zur Sicherung der Währung getroffen werden, nicht auf Kosten der Arbeiterschaft gehen.

Gen. Korp widerspricht der vielfach geäusserten Meinung, dass dass wir schon mitten in der Inflation drin sind. Hält eine Inflation nicht für unvermeidbar. Wir haben derzeit keine Inflation aber eine inflationsierte Währung. Während der N.S. Zeit ist die Währung durch Lohnstopp, Preisstopp und staatliche Bewirtschaftung künstlich gehalten worden. Diese drei Pfeiler sind brüchig geworden. Preisniveau kann nicht beibehalten werden, gegen den Lohnstopp kämpfen die Gewerkschaften, staatliche Bewirtschaftung besteht nur zum Teil. Es nützt nichts wenn wir mit Mischfeststellen, dass die ÖVP die Verantwortung trägt. Die Gefahr droht uns allen. Niemand von uns kann heute genaue Vorschläge für eine Abhilfe machen. Dies muss eine Gemeinschaftsarbeit der Hauptfunktionäre sein. Es wird vielleicht gut sein, wenn ein kleinerer Kreis in dem alle Interessentengruppen vertreten sind, sich zu dieser Arbeit zusammenschliessen, nicht um Forderungen an die ÖVP und an die Öffentlichkeit zu stellen, sondern um festzustellen welche Forderung wir an uns selber richten müssen. Lohnpolitik die statt Existenzsicherung, jetzt alles herauszuholen was möglich ist, muss einem bedenklich machen. Der Staat muss die Bewirtschaftung noch umfassender und straffer gestalten. Preiserhöhungen sind nötig, nicht für die Unternehmer, auch für die Arbeiter, weil sie dadurch Arbeit bekommen und für uns alle weil wir uns anschicken mit der Sozialisierung der grösste Unternehmer zu werden.

Gen. Korp selbst ringt mit dem Problem, wenn schon die bürgerliche Seite aus Mangel an Willen keine Konzept vorlegen kann, so müssen wir als Sozialisten uns einen solchen Konzeptpunkt

erarbeiten. Es muss unser Bestreben sein, die arbeitende Bevölkerung so wenig als möglich zu belasten, aber wir müssen uns klar darüber sein, dass alle solchen Wirtschaftskrisen zum grossen Teil auf dem Rücken der breiten Massen und zwar der Arbeiterschaft ausgetragen werden, die Bauernwirtschaft ist in einer ungleich glücklicheren Situation.

Antrag Schliessung der Rednerliste.

Beschluss Angenommen.

Antrag Gen. Pittermann Redezeit auf 5 Minuten beschränken.

Antrag Gen. Speiser Redezeit auf 10 Minuten beschränken.

Gen. Pittermann zieht seinen Antrag zurück.

Beschluss Antrag Speiser wird angenommen. Wobei der Appell an alle Gen. gerichtet wird, sich womöglich noch kürzer zu halten.

Gen. Pittermann beleuchtet die Frage von der wirtschaftsrechtlichen Seite her. Beim Lohnstopp in der Nazizeit hat es sich gar nicht um einen fixen Stopp gehandelt, es waren immer Ausnahmen möglich.

Verweist auf die grosse Differenz zwischen unseren inländischen und den Weltmarktpreisen. Es wird notwendig sein, unser Niveau auf die Weltmarktpreise hinaufzusetzen und damit auch die Löhne. Dies hat grosse politische Schwierigkeiten. Die starken Arbeitergruppen werden die Angleichung der Löhne erreichen, die grosse Masse der Rentenbezieher wird zurückbleiben. Die Tarife der öffentlichen Unternehmungen sind gleich geblieben. Wenn wir hier nicht zu einer vernünftigen Planung kommen, besteht die Gefahr der Zerreissung der Arbeiterschaft. Die Wirtschaft rückt vor, die öffentlichen Betriebe hinken nach und die Rentenbezieher bleiben ganz zurück. Diese Tatsache, muss das in Aussicht genommene Komitee oder Ministerium berücksichtigen.

Vertritt den Standpunkt, dass wir an einer Vermögensabgabe festhalten müssen. Eine reine Geldabgabe würde nicht nur den Zweck verfehlen, sondern auch eine Strafe für den soliden Sparer darstellen und eine Begünstigung, ^{für die} die in Sachwerte geflüchtet sind. Verweist auf das Beispiel Tschechoslowakei, wo linear zu einem bestimmten Zeitpunkt Preise und Löhne um 100 % hinaufgesetzt wurden.

Gen. Weigelt verweist darauf, dass Unternehmer vielfach heute Lohnerhöhungen direkt anbieten, weil sie damit eine Basis für Preiserhöhungen gewinnen wollen und daraus Geschäfte machen.

Gen. Hofecker: Gen. Korp hat von den drei Pfeilern, Lohnstopp, Preisstopp, Bewirtschaftung gesprochen. Die Unternehmer beginnen in diesem Gebäude einen neuen Pfeiler einzuziehen, die Parole zurück zur Schilling-Stabilität von 1937. Berichtet über eine Sitzung der Gewerkschaft der Privatangestellten in der Handelskammer. Unternehmer haben sich bereit erklärt, alle Angestellten bis 300 S rückwirkend für 1. Juni eine Zulage von 60 S - allen Angestellten mit mehr als 300 S eine Zulage von 70 S im Monat zu bewilligen. Erhöhungen die in der Zwischenzeit aus anderen

als aus Leistungsgründen gegeben wurden, sollen in diese Zulage einbezogen werden. Die Gewerkschaft hat sich Bedenkzeit vorbehalten.

Gen. Krisch verweist auf die Lebensmittelpreissteigerungen. Wir stehen in der Lohnfrage in einem doppelten Kampf gegen Unternehmer und Alliierte. Auf der einen Seite verlangend die Alliierten den strengen Lohnstopp von uns, auf der anderen Seite treiben sie selber die Löhne in die Höhe.

Versteht nicht, warum man nur immer in der Lohnfrage von Inflation spricht und in der Preisfrage die Inflationsgefahr nicht sieht. Glaubt, dass wir vor allem darauf achten müssen, die Preise festzuhalten.

Gen. Kostroun ist der Meinung, dass es verfehlt wäre, wenn man glaubt, in Zukunft eine ebensolche Lohnpolitik in der freien Wirtschaft zu machen. Freie Wirtschaft führt in Preisen und in Löhnen zu einer wilden Anarchie.

Wir müssen jetzt eine andere Stellung zum Staat einnehmen, im Zeitalter der Sozialisierung. Der Unternehmer ist kurzsichtig, der die Preise zu sehr in die Höhe triibt. Ebenso auch der Gewerkschafter, der auf Grund einer starken Gewerkschaft volkswirtschaftlich ungerechtfertigt Löhne durchführen will. Das ist es was Renner ausdrücken wollte. Wir leben in einer Periode der Sozialisierung und Kommunalisierung, wo es noch immer den Begriff der privaten Wirtschaft gibt. Das muss berücksichtigt werden. Die Arbeiterschaft kann kein Interesse daran haben, die Rentabilität von sozialistischen Betrieben zu gefährden.

Gen. Ubeleis wir haben Preis- und Lohnstopp praktisch schon manchmal verlassen und müssen diesen Standpunkt nun aus volkswirtschaftlichen Gründen bewusst verlassen. Glaubt, dass es zweckmässig wäre, zum Preis- und Lohnniveau von 1937 zurückzukehren. Die heutigen Preise resultieren noch aus der Naziwirtschaft der Staatsexzesse her und der Anglegerung an ein grosses Wirtschaftsgebiet. (Fahrpreise bei der Eisenbahn). Der Wiederaufbau kann nur durch Senkung des Lebensstandarts des ganzen Volkes bewältigt werden. Das bedeutet, dass wir uns zu einer Novelierung des Realinkommens bequemen müssen. Bezüge der unteren Gruppen erhöhen, Bezüge der oberen Gruppen festhalten oder sogar senken. Im Gewerkschaftsbund selbst, muss eine Instanz geschaffen werden, die die Lohnpolitik aller Gewerkschaften auf eine Linie bringt.

Gen. Flötel bejaht eine Senkung des Lebensstandarts, aber für alle Bevölkerungsgruppen. Es ist falsch wenn man von Lohn erhöhungen spricht. Die Gewerkschaften kämpfen um den Angleich der Löhne an das gestiegene Preisniveau. Glaubt, dass man im Preisstopp durchdringen müsse. Schildert die Situation der Betriebsarbeiterschaft. Unsere Politik muss darauf gerichtet sein, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Die Politik des Einvernehmens im Staate schaltet unsere Kampfkraft aus. Die Einstellung - wir kommen zur Inflation wenn die Arbeiterschaft Lohnforderungen stellt, - stammt von Raab. Er hat sie zuerst vertreten und wir reden das nach. Bittet Böhm, der leicht geneigt ist, Konzessionen zu machen, sich nicht durch die in Aussicht genomene zentrale Kommission

fesseln zu lassen. Wir leben noch in einem kapitalistischen Staat und noch nicht im sozialistischen. Auch das müssen wir bei unserer Stellungnahme berücksichtigen.

Gen. Renner Die Gewerkschaft sollen sich dieses Problems bemächtigen und in dieser Frage zu einer einheitlichen Linie kommen, zu einer Linie, die dann die Partei vertreten kann. Beton nochmals, dass der Preisstopp nicht aufrecht erhalten werden kann. Skizziert nochmals seinen Plan einer zentralen Kommission, die nicht bürokratisch sein soll, sondern von Fachleuten besetzt. Ist der Meinung, dass wir uns im Bezug auf die Verstaatlichung keine Illusionen machen dürfen. Verstaatlichen werden wir, wenn die Alliierten weg sind und dann werden wir auch die Mehrheit haben. Glaubt, dass eine Vermögensabgabe nicht das Allerbeste wäre. Als Existenzminimum müsste staatlich ein Betrag festgesetzt werden, etwa die Summe die notwendig ist, um für drei Personen den rayonierten ^{vorschlägt} Lebensbedarf zu zahlen. Glaubt nicht, dass man wie Übeleis auf das Niveau von 1937 zurückkehre: 1.) weil wir heute ganz andere Wirtschaftsbedingungen besitzen u. 2.) weil unser Banknotenumlauf auf das sechsfache gestiegen ist. Wir müssen uns zum Ziel setzen, vom Herbst bis zum Sommer nächsten Jahres das Gleichgewicht zwischen Währung, ~~und~~ Preisen und Löhnen herzustellen.

Gen. Schärf glaubt, dass mit dieser Aussprache die Diskussion über dieses wichtige Problem, für die Partei und der Gewerkschaft eröffnet ist.

30.7.1946.
Kr./D.

Präsenzliste

Sitzung der Parteivertretung am 22.7.46, Wien I., Herrng. 13,
14.30 Uhr

Parteivertretung:

Gen. Afritsch

" Böhm

" Hackenberg

" Helmer

Krank

" Jochmann

" Dr. Koref

ausgeschieden

" Körner

" Krones

" Machold

" Maisel

nicht anwesend

" Moik

" Popp

" Proft

" Proksch

" Scharf

" Dr. Schärf

" Seitz

" Speiser